



07. Dezember 2022

Postulat

von Anna-Béatrice Schmaltz (GRÜNE)
und Alan David Sangines (SP)
und 4 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Massnahmenpaket zur Verhinderung von digitaler Gewalt und zur adäquaten und zielgerichteten Unterstützung von Betroffenen von digitaler Gewalt in der Stadt Zürich erstellt werden kann. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Opferberatungsstellen angestrebt werden.

Begründung: Digitale Gewalt umfasst alle Gewaltformen, die mit technischen Hilfsmitteln und digitalen Medien ausgeübt werden und/oder die im digitalen Raum, z.B. auf Online-Portalen oder sozialen Plattformen stattfindet. So kann beispielsweise auch sexualisierte Gewalt im digitalen Raum ausgeübt werden. Digitale Gewalt wird einerseits durch unbekannte und teilweise auch anonyme Personen ausgeübt aber auch durch Täter*innen aus dem sozialen Nahraum. Digitale Gewalt kann sich beispielsweise auch mit häuslicher Gewalt überkreuzen. Laut einer Studie in der EU hat jede zweite Person zwischen 18 bis 35 Jahren bereits digitale Gewalt erlebt. Insgesamt haben laut dieser Studie 30% der Männer und 27.5% der Frauen digitale Gewalt erlebt¹. Die Studie zur Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich 1999 - 2021 zeigt, dass Cybermobbing sowie sexuelle Onlinebelästigung unter Jugendlichen eine weitverbreitete Gewaltform ist². Generell fehlt es aber noch an genügend aussagekräftigen Studien. Grundsätzlich kann jede Person von verschiedenen Formen von digitaler Gewalt betroffen sein.

Die Istanbul-Konvention wurde 2021 zum ersten Mal ergänzt mit der Dimension der digitalen Gewalt³. Es fehlt schweizweit aber noch an Unterstützung für Betroffene. Zudem sieht die Istanbul-Konvention explizit nicht nur den Bund, sondern auch Kanton und Gemeinden in der Pflicht. Die Stadt Zürich soll entsprechend ihre Verantwortung wahrnehmen und prüfen, wie digitale Gewalt bekämpft und die Opfer davon gezielt unterstützt werden können.

Für die Verhinderung von digitaler Gewalt und die Unterstützung von Betroffenen braucht es ein departementsübergreifendes Zusammenspiel von Verwaltung, Fachstellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Präventionsmassnahmen sowie auch der Sensibilisierung und Weiterbildung der Strafverfolgungsbehörden. Es soll auch eine Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen geprüft werden, welche bereits Erfahrung in der Bekämpfung von digitaler Gewalt haben wie beispielsweise Netzcourage, welche bisher als erste und bisher einzige NGO, spezifisch Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt.

¹ <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2022/04/HateAid-Report-2021-DE.pdf>

² <https://www.zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2022/09/studie-zu-gewalterfahrungen-jugendlicher-erschienen.html>

³ <https://www.coe.int/en/web/istanbul-convention/-/grevio-publishes-its-general-recommendation-no-1>

Anna-Béatrice Schmaltz



Unterschriftenliste Mitunterzeichnende

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:

Unterschrift:

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:	Unterschrift:
1 Tanja Maag, AL	
2 Moritz Bögli, AL	
3 Fanny de Wal, SP	F. de Wal
4 Monika Bächtli, Grüne	Ul. Bächtli
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	